

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Unterstützung für den Wintersport – Jetzt handeln

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Wintersport in Deutschland steht unter Druck. Aus sehr unterschiedlichen Bereichen resultieren Herausforderungen, denen er sich ausgesetzt sieht. Es beginnt mit den veränderten klimatischen Bedingungen, die zu Schneemangel führen. Die Entwicklung führt perspektivisch eventuell dazu, dass in Gegenden, die heute noch als traditionelle Wintersportorte gelten, mittel- bis langfristig kein Skisport mehr ausgeübt werden kann. Dies belegt für den internationalen Vergleich eine aufsehenerregende Studie, die zu dem Ergebnis kommt, dass bereits in 30 Jahren in vielen ehemaligen Gastgeberstädten für Olympische Winterspiele (vier bis neun von 21 untersuchten Orten) kein Wintersport auf natürlicher Basis mehr möglich ist (<https://www.deutschlandfunk.de/olympische-winterspiele-klimawandel-laesst-zahl-der-austragungsorte-schrumpfen-100.html>).

Eine weitere Herausforderung ist die aktuelle Energiekrise: Energieintensive Winter-sportanlagen wie Eislaufhallen oder Bobbahnen kämpfen um das Überleben; dies betrifft im Fall der Eishallen nicht nur den Leistungs-, sondern auch den Breitensport (<https://www.zdf.de/nachrichten/sport/eishockey-hallen-energiekrise-100.html>).

Großen Schwierigkeiten sehen sich schließlich die Leistungssportverbände ausgesetzt: Finanzieller Druck entsteht durch die vom Bund nicht ausgeglichenen stetig steigenden Personalkosten. Bei der Trainingsstätten-Förderung besteht kein Inflationsausgleich. Ein nicht nur im Wintersport vorhandenes Ärgernis ist die ausufernde Bürokratie, die mit dem Vollzug von PotAS verbunden ist (<https://www.faz.net/aktuell/sport/sportpolitik/landessportbuende-kritisieren-das-bestehende-sport-foerdersystem-18341428.html>). Dass die Leistungssportverbände der Winterdisziplinen eine weitere angemessene Unterstützung verdienen und dass sich diese Unterstützung vor allem auch auszahlt, zeigt der internationale Erfolg; so erreichte Deutschland im Medaillenspiegel der Olympischen Winterspiele in Peking 2022 mit 27 errungenen Medaillen, davon zwölf goldenen, den zweiten Platz (<https://www.sportschau.de/live-und-ergebnisse/olympia-pekings-2022/medaillenspiegel/>).

Die CDU/CSU-Fraktion hatte zunächst den Versuch unternommen, von der Bundesregierung mithilfe einer Kleinen Anfrage in Erfahrung zu bringen, welche Schritte sie zu unternehmen gedenkt, um der beschriebenen Probleme Herr zu werden (Bundestagsdrucksache 20/5691). Leider fiel die Antwort unbefriedigend aus; sie ließ nicht erkennen, dass die Bundesregierung über die geeigneten Konzepte oder die Bereit-

schaft verfügt, die Herausforderungen, denen sich der Wintersport in Deutschland ausgesetzt sieht, gezielt angehen zu wollen. Daher ist nunmehr eine Plenarbefassung mittels dieses Antrags geboten.

- II. Daher fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. Handlungsstrategien zu entwickeln, um den Wintersport bei der Bewältigung des Klimawandels zu unterstützen, vor allem hierbei
 - a) national die Koordinierung zu übernehmen, soweit verschiedene staatliche Ebenen in die Problemlösung involviert sind,
 - b) ein abgestimmtes Vorgehen mit anderen betroffenen Staaten in Europa sicherzustellen und
 - c) das von der Bundesregierung auch in der Beantwortung der o. g. Kleinen Anfrage genannte Alpenraumprogramm „BeyondSnow“ zu evaluieren, um so zu gewährleisten, dass dieses Programm geeignet ist, den betroffenen Wintersportgebieten die gebotene Unterstützung zukommen zu lassen;
 2. Wintersportvereine, die nationale und internationale Wettkämpfe veranstalten, durch Förderprogramme speziell für den Wintersport bei der Organisation der Veranstaltung zu unterstützen und eine stärkere als die bisher lediglich moderierende und damit eher passive Rolle einzunehmen;
 3. eine zeitnahe Bewerbung Deutschlands für Olympische Winterspiele zu unterstützen, um Sportlern, Vereinen und Standorten des Wintersports eine langfristige Perspektive zu geben, die über nationale Wettbewerbe und jährliche internationale Wettkämpfe hinausreicht;
 4. die Summe der Organisationskostenzuschüsse zu erhöhen, um die veranstaltenden Wintersportvereine vor mitunter existenziellen Finanzrisiken zu bewahren;
 5. für die Wintersportverbände finanzielle Hilfen zur Verfügung zu stellen, um die durch die hohe Inflation verursachten Kostensteigerungen und auch die Steigerungen der Tariflöhne der Trainer abzumildern;
 6. sich einen Überblick durch Ermittlung genauer Zahlen zu verschaffen, wie viele Arbeitsplätze direkt und indirekt vom Wintersport abhängig sind, um so passgenaue Hilfsprogramme zu initiieren;
 7. mit Blick auf den kommenden Winter den Wintersport weiterhin in der Energiekrise finanziell zu unterstützen, vor allem durch die überfällige Aufnahme in den Härtefallfonds des Bundes, und zukünftig die Transformation zu ermöglichen, damit Energiebedarfe sinken und weitestgehend durch erneuerbare Energien gedeckt werden können;
 8. das System der Unterstützung des Leistungssports auf seine Effizienz hin zu überprüfen, indem
 - a) das PotAS von überzogenen bürokratischen Anforderungen befreit wird,
 - b) darüber hinaus die Kritikpunkte der betroffenen Athleten und Verbände aufgegriffen werden und
 - c) die Bundesregierung näher erläutert, welche „künftigen Gegebenheiten“ sie abwartet, um eine Anpassung der Förderung der Bundeskader im Leistungssport vorzunehmen;
 9. den paralympischen Wintersport durch die Schaffung weiterer Bundesstützpunkte zu stärken;

10. den Deutschen Eishockey-Bund bei der Durchführung der Weltmeisterschaften 2027 angemessen zu unterstützen, sofern der IHF im Mai 2023 Deutschland als Austragungsort auswählt (orientiert an der Drittelfinanzierung der European Championships 2022);
11. eine auch für den Wintersport passende gesetzgeberische Lösung zu erarbeiten, die die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts zur Erfassung der Arbeitszeit vom 13. September 2022 (BAG-1ABR 22/21) zeitnah in angemessener Weise umsetzt und
12. eine Verbandsförderung zu schaffen, die auch positive Anreize für sportliche Erfolge aufweist.

Berlin, den 28. März 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

